

J.A.Dennis Gehrman – Langenfelder Damm 38 – 20257 Hamburg
Mobil: 017653902820 – Mail: dennis.gehrmann@posteo.de

An die Programmwerkstatt 2020 der
Sozialdemokratischen Partei Deutschland
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, Germany

Mitgliedsnummer: 8XXXXXXX, Hamburg, 25.11.2020

Betreff: **Giralgeldsteuer**

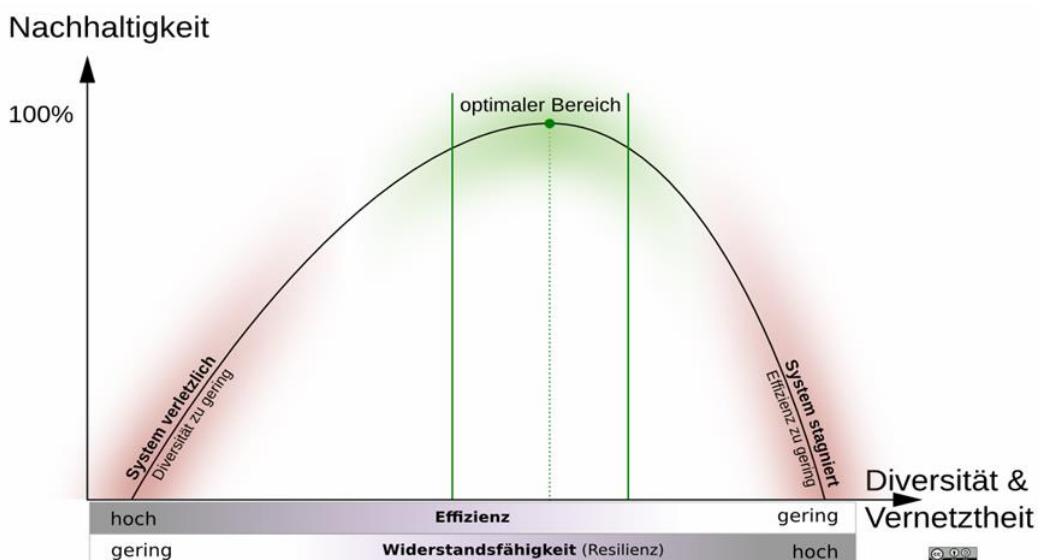
Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Hinweise des Parteivorstandes folgend möchte ich Ihnen gerne nahelegen, sich mit meiner Idee einer „Giralgeldsteuer“ für die Finanzierung der Europäischen Union ernsthaft auseinanderzusetzen.

Der grundlegende Gedanke ist, dass mit dieser Steuer bei gleichzeitigem Erhalt des Bargeldes eine ganze Menge finanzieller und sozialer Probleme gelöst werden könnten. Ich möchte einige nennen:

- Moral Hazard-Problem der Banken, Abbau des Leverage in der Realwirtschaft durch Ersetzen von Fremdkapital durch neues Eigenkapital in Form von Beteiligungen von Investoren
- Finanzierung eines echten EU-Haushaltes und Rückführung der Staatsverschuldung, ohne die Schulden der EU-Länder zu vergemeinschaften, Unterstützung bei kommunalen Finanzen
- Besteuerung auch von Konzernen, die ihren Steuersitz in Steuerparadiesen o.ä. haben
- Finanzierung einer staatlichen Mindestrente, Akzeptanz der EU -> EU-Verfassung möglich
- Besteuerung der Globalisierung auf Bankenkontoebene, regionale Bargeldwirtschaft wird steuerlich (Nichtbesteuerung) bevorteilt, dadurch regionale Produktion und Wertschöpfung
- Dadurch Umweltschutz, besonders auch Nutzung der Giralgeldsteuer als mathematische Demurrage -> langfristige Planung statt kurzfristige Spekulation (ohne Zins abzuschaffen)
- Durch regionale Wertschöpfung in Europa schrittweise Auflösung zu großer Lieferketten für Produkte und Einzelteile, Finanzierung der Unternehmen durch Cash-Flow statt Bankenkredit
- Die Wirtschaft begäne durch wechselnde Präferenzen von Bargeld und Giralgeld wieder zu atmen. -> Menschen können regional weiter mit Bargeld einkaufen ohne Internetzugang
- Durch Giralgeldsteuer eine Verunmöglichung der Finanzialisierung (!) heutiger Bankenpolitik
- Durch tägliche Besteuerung im niedrigen Promille-Bereich Begrenzung des Frequenzhandels der Banken, dadurch Vermeidung von Flashcrashes und Stabilisierung der Finanzmärkte
- Wiederkehr eines realen Marktzinses an den Finanzmärkten durch Abbau überflüssiger durch Giralgeldmultiplikator geschaffene Liquidität, dadurch neue Rentabilität und Dynamik an den Finanzmärkten wieder möglich, durch weniger Kredit und Liquidität auch weniger Derivate (!)
- Durch Wiederkehr des Marktzinses Anstieg der Häuserpreise und Mietenanstiege gestoppt, die gegenwärtig EZB-Geld getrieben sind und eine neue Immobilienkrise (!) verursachen
- Erhalt des Bargeldes als einziges gesetzliches Zahlungsmittel, Bargeld ist „geprägte Freiheit“ und rechtliche Stellung des Bürgers gegenüber Banken wird gestärkt (die sich in den unseren Medien eingekauft haben, auch Einfluss internationaler Investoren wird u.a. zurückgedrängt)

- Rückgewinnung von Arbeitsplätzen nach Europa, soziale Krise wird entschärft, Stärkung der Arbeiter*innen als unsere Wähler, Renaissance der Sozialdemokratie in Europa und der Welt
- Dadurch Stärkung der Menschenrechte, aus gegenwärtigen zentripetalen Kräften auf Europa werden zentrifugale Kräfte, statt weiter Flüchtlinge aus der Welt anzuziehen, wird „Europa“ sich in der Welt wieder ausweiten und Druck auf Regime ausüben, die ihr Volk unterdrücken
- Eine zu effiziente Wirtschaft durch einzig digitales Buchgeld ist anfällig für Zusammenbrüche analog der Energiewirtschaft. Diese Zusammenhänge sind in den Wirtschaftswissenschaften m.W.n. hinreichend erforscht, werden aber in der Wirtschaftspolitik nicht berücksichtigt. Eine Grafik soll verdeutlichen, was die Gefahren aus der Elektrizität für unser Geld bedeutet:



Bildnachweis: www.opensustainability.wordpress.com.

In meinen Überlegungen gehe ich davon aus, dass man eine Girogeldsteuer eher sukzessiv einführen sollte, also um 0,9% alle zwei Jahre erhöhen. Die Überlegung basiert darauf, diesen Fahrplan bereits mit der Einführung über 24 Jahre auf dann 10,8% p.A. festzulegen. Besteuerung erfolgt täglich nach Geschäftsschluss um 0:00h (360 Tage), beginnend mit 0,00025% bis hin zu 0,3% täglich (10,8% p.A.) nach 24 Jahren. Eine gerecht wahrnehmbare Steuer, die große Girogeldkontostände großer Firmen und Privatpersonen auch mehr besteuert als eine kleine Rente oder eine Auszahlung vom Arbeitsamt oder Jobcenter oder ein einfaches Angestelltengehalt, ohne dieses auszuklammern. Die Steuer wird von den Banken per Gesetz abgeführt, ausschließlich auf Girokonten, Anlagekonten mit einer 3-monatigen Kündigungsfrist werden nicht besteuert, allerdings muss eine Bank dieses Geld verleihen, und ein gewährter Kredit wird ab dem Tag der Gutschrift bereits abends besteuert. Die Steuer sollte meiner Meinung nach vorerst genutzt werden, um überschuldete Staatshaushalte zu konsolidieren.

Falls Sie Fragen zu meinen Überlegungen haben, ich stehe Ihnen gerne telefonisch zur Verfügung. Ich bin 39 Jahre und Hamburger, habe hier als Bankkaufmann während der Finanzkrise gearbeitet, VWL an der Uni studiert (allerdings ohne Abschluss), von 2002 bis 2014 über dieses Konzept nachgedacht.

Ich bedanke mich bei allen, die diesen Brief lesen und verbleibe,

mit solidarischen Grüßen,
Ihr J.A.Dennis Gehrmann

P.S.: Einige ausführlichere Gedanken dazu habe ich im Internet veröffentlicht.